



Darmstadt, 11. März 2004

Pressemitteilung
2. Meldung vom Tage

Zuwanderungsgesetz:
Machtpolitik auf dem Rücken von Flüchtlingen und Migranten

Nach Auffassung des Vorsitzenden des Interkulturellen Rates in Deutschland, Jürgen Micksch, erinnert der bisherige Verlauf der Vermittlungsverhandlungen um das Zuwanderungsgesetz an das Hauen und Stechen bei der Kandidatenkür für das Amt des Bundespräsidenten. Längst gehe es den Beteiligten insbesondere von SPD und Union nicht mehr um die Suche nach sachgerechten Lösungen, sondern um machtpolitische Erwägungen.

Die vor der aktuellen Verhandlungsrunde aus dem Hut gezauberte *conditio sine qua non*: „Kein Zuwanderungsgesetz ohne die Lösung von angeblichen Sicherheitsfragen“ sei ein erneuter Schachzug der Union, der dazu beitragen werde, dass am Ende der Verhandlungen weitere Verschärfungen in dem mittlerweile ohnehin völlig ausgehöhnten Gesetzesentwurf stünden.

„Wenn die Union jetzt plötzlich darauf besteht, Fragen verschärfter Einreise- und Ausweisungsbestimmungen für Terrorismus- und Extremismusverdächtige klären zu wollen, obwohl Innenminister Schily angeboten hat, dies getrennt von der Zuwanderungsfrage zu erörtern, steckt nichts weiter dahinter als politisches Kalkül. Die Union verschafft sich weitere Verhandlungsmasse, die sie sich - wenn überhaupt - nur um den Preis weiterer Verschärfungen in den Bereichen Arbeitsmigration oder humanitärer Flüchtlingsschutz wieder abringen lassen wird“, erklärte Micksch.

Dabei seien die wesentlichen migrationspolitischen Fortschritte des Gesetzes mit dem Verzicht auf das Punktesystem und der generellen Aufrechterhaltung des Anwerbestopps von der Union schon jetzt herausverhandelt worden. Mit jeder weiteren Verhandlungsrunde gelinge es der Union, die ursprüngliche Intention des Zuwanderungsgesetzes ein Stück mehr in sein Gegenteil zu verkehren.

Den sozialdemokratischen Verhandlungsführern Otto Schily und Dieter Wiefelspütz warf er vor, den Abschottungsinteressen der Union in die Hände zu spielen, damit um jeden Preis ein Ergebnis präsentiert werden kann. Da die SPD ein Zuwanderungsgesetz als ihren Erfolg darstellen wolle, würden CDU/CSU praktisch dazu eingeladen, immer weitere Restriktionen einzufordern.

„Ein unter rot-grüner Regierungsverantwortung erarbeitetes Zuwanderungsgesetz, das deren Situation in einem Maße verschlechtert, wie es die Union bei eigener Regierungsmehrheit nicht besser hätte machen können, ist aber kein Verhandlungserfolg, sondern eine Verhandlungsniederlage“, so Micksch abschließend.